



Ulle Schauws
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ulle Schauws, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Berlin, 23.08.2019

Ulle Schauws, MdB
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die
Grünen

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74131
Fax: +49 30 227-76131
ulle.schauws@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Karlsplatz 7
47798 Krefeld

Telefon: +49 2151-65 66 410
Fax: +49 2151-65 66 419
wahlkreis@ulle-schauws.de

Sehr geehrter Herr Minister Spahn,

kurz nachdem die grüne Bundestagsfraktion ihren – bereits zweiten – Gesetzentwurf zum Verbot von sog. Konversionstherapien (BT-Drs. 19/7932) und einen umfassenden Antrag „Gefährlichen Pseudotherapien mit dem Ziel der Änderung der sexuellen Orientierung ein Ende setzen“ (BT-Drs. 19/7931) in den Bundestag eingebracht hatte, haben Sie einen eigenen Gesetzentwurf angekündigt. Das haben wir begrüßt und hoffen auf eine Initiative, die von einer großen Mehrheit der im Bundestag vertretenen Fraktionen mitgetragen wird.

Um den Gesetzentwurf zu erarbeiten, haben Sie eine Kommission bei der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld eingesetzt. Ein gutes Vorgehen, an dem wir uns als Grüne und ich als Mitglied in der Kommission konstruktiv beteiligen mit dem Ziel, schnellstmöglich ein Verbot durchzusetzen. Nachdem zwei Kurzgutachten von Professor Dr. med. Peer Briken (UKE Hamburg) und Professor Dr. iur. Martin Burgi (LMU München), die sowohl die Schädlichkeit solcher Therapien als auch die Verfassungsmäßigkeit eines Verbotes dargelegt hatten, veröffentlicht worden waren, passiert in der Kommission bedauerlicherweise kaum etwas. Die AG "Recht und Politik", organisiert von den MdBs Dr. Brunner und Dr. Kaufmann, kommt jetzt offenbar erst nach der Sommerpause und nach Beendigung der Kommissionsarbeit im August 2019 zustande. Auch die AG "Gesundheit und gesellschaftspolitische Maßnahmen" ist von einem Vorschlag für eine konkrete Gesetzesinitiative noch weit entfernt.

Daher habe ich mich Anfang August mit der folgenden schriftlichen Frage an die Bundesregierung gewandt:
„Wann legt die Bundesregierung den von Bundesgesundheitsminister Spahn angekündigten Gesetzentwurf zum Verbot von sog. Konversionstherapien (<https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/jens-spahn-will-homo-heilung-verbieten-100.html>) vor, zu der



eine Fachkommission im Bundesministerium für Gesundheit Vorschläge eines Verbots bis im August vorlegen will, und ist im o.g. Gesetzentwurf auch der Schutz für trans- und intergeschlechtliche Menschen vor analogen Pseudotherapien geplant?“

Die vom Dr. Thomas Gebhart, dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMG unterschriebene Antwort hat in Anbetracht der Lage sehr erstaunt. Ohne auf die Fragen einzugehen, antwortete er lediglich, dass der Gesetzentwurf „nach Vorliegen des Abschlussberichts der Bundestiftung Magnus Hirschfeld zur Arbeit der Fachkommission vorgelegt“ wird. Auf meine Frage bezüglich des breit diskutierten Themas, Schutz ebenso für trans- und intergeschlechtliche Menschen in einem Gesetzesverbot zu lösen, ist Herr Dr. Gebhart nicht angegangen.

Da wir Grüne lösungsorientiert daran arbeiten, schnell einen Weg für ein Verbot von sog. Konversionstherapien zu ebnen und Anliegen der Debatte in der Kommission gerade mit Blick auf trans- und intergeschlechtliche Menschen sehr ernst nehmen, stelle ich die o.g. Frage erneut an Sie und hoffe auf eine respektvollere Antwort im Sinne der gemeinsamen Sache.

Mit freundlichen Grüßen

Ulle Schauws